

Bezugspreis:
Monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk., halbjährlich 7,20 Mk., jährlich 13,80 Mk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 29. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Furcht der Entente vor östlicher Allianz.
Sturmrede gegen Pichon in der französischen Kammer.

Bern, 28. März. Pichons Kammerrede erregte unter den Deputierten so große Unruhe, daß Dechanel öfter im Eingriffe stand, die Sitzung auszudehnen.

Ein Bündnisvorschlag Rußlands an Deutschland?

Haag, 28. März. (Nachricht des Holländisch Neusbureau.) Aus London wird gemeldet: Der Wiener Korrespondent des Daily Chronicle schreibt: Aus vorzüglicher Quelle erfahre ich, daß die russische Sowjetregierung vor einigen Tagen der Berliner Regierung durch einen unabhängigen sozialistischen Führer definitive Vorschläge gemacht und versprochen hat, Deutschland seine früheren Grenzen im Osten und im Westen wieder herzustellen, wenn die deutschen Regierenden sich einverstanden erklären würden, den Spartakisten ernste, politische, sozialistische Konzessionen zu machen und ein Bündnis mit Rußland zu schließen.

Demokratie, Revolution und Bürgerkrieg.

Die „Freiheit“ wird nicht müde, immer neue unkontrollierbare Einzelheiten aus dem letzten Bürgerkrieg zu erzählen und Schandthaten zu schildern, die von Angehörigen der Regierungstruppen teils wirklich begangen worden sind, teils vielleicht nur begangen worden sein sollen.

Der neue Weltkrieg.

Genf, 28. März. (Nachricht der Telegraphen-Kompagnie.) Der Schererrat beschloß sich in seiner gestrigen Nachmittags-Sitzung, an der auch Marschall Foch und der amerikanische Oberbefehlshaber Pershing teilnahmen, mit den in Aussicht genommenen Maßnahmen gegen Ungarn.

Haag, den 28. März. (Nachricht des Holländisch Neusbureau.) Aus Paris wird gemeldet: General Jliedcu, der hiesige Chef des Generalstabes der rumänischen Armee, ist der Ansicht, daß der feste Kriegel, den man dem Bolschewismus vorschreiben kann, an der polnisch-rumänischen Front angelegt werden müsse und zwar unter dem allgemeinen Befehl eines großen französischen Kommandanten.

Die serbischen Truppen unzuverlässig.

Haag, 28. März. (Nachricht des Holländisch Neusbureau.) Aus Paris wird gemeldet: Serbien verlangt von der Entente militärische Hilfe, da es sich auf seine eigenen Truppen nicht mehr verlassen kann.

Krieg in Kleinasien.

Haag, 28. März. (Nachricht des Holländisch Neusbureau.) Aus London wird gemeldet: Morning Post behauptet aus guter Quelle aus Paris zu erfahren, daß der Rat der zehn Völker ermächtigt habe, Truppen in einer Maximalstärke von 50 000 Mann nach Kleinasien zu schicken.

Pettischer Erfolg im Balkan.

Berlin, 28. März. Aus dem Balkan wird berichtet: Peltländische Truppen haben Schloß genommen.

Tiflis von den Engländern besetzt.

Babel, 28. März. Die Times meldet: Tiflis und das kaukasische Gebiet sind von englischen Truppen besetzt.

Abreise der deutschen Finanzkommission nach Versailles.

Weimar, 28. März. Die deutsche Finanzkommission wird heute von Weimar nach Versailles abreisen. Sie erhält ihre Instruktionen nicht, wie bisher, durch die Waffentilgungskommission, sondern durch das auswärtige Amt in Verbindung mit der deutschen Friedenskommission.

Es dämmt!

Haag, 28. März. (Nachricht des Holländisch Neusbureau.) Aus London wird berichtet: Daily Express erzählt aus Paris: Der ungarische Bolschewismus hat da Erfolg gehabt, wo alles andere fehlschlug.

Englische Anarische gegen die Friedenskonferenz.

Amsterdam, 28. März. (Nachricht der Telegraphen-Kompagnie.) Unter dem Eindruck der Beunruhigung, den die Umwälzung in Ungarn in der englischen Öffentlichkeit hervorgerufen hat, führt die englische Presse eine Kampagne gegen die Friedenskonferenz in ungewöhnlich heftiger Sprache.

Der Polentransport über Tansig. Posen, 28. März. (Eig. Drahtbericht des Vormärts.) Für den Transport der Armee Polens von Le Havre nach Tansig sind nach der polnischen Presse bereits französische und englische Kriegsschiffe bestimmt.

Leider läßt die „Freiheit“ solche Objektivität vermissen, und wer nur eine Spur von Ehrlichkeit und Gerechtigkeit liebt beifügt, der wird zugeben müssen, daß sie höchst einseitig verfährt.

Dieses Unglück ist aber die Folge eines anderen Unglücks, wie überhaupt alles Glend der deutschen Revolution auf ein und dieselbe Unheilquelle zurückzuführen ist: auf die Spaltung der Arbeiterbewegung.

Die Spaltung der Arbeiterbewegung und die Abkehr eines Teils von ihr von den bisher heilig gehaltenen Grundgedanken der Demokratie hat die Regierung gezwungen, zu anderen Mitteln zu greifen, um die öffentliche Ordnung zu sichern.

Die „Freiheit“ verabscheut das Bild der Willkür, wenn sie immer nur auf den Ausschreitungen herumreitet, die auf der einen Seite begangen worden sind, und den Lesern verstreut, daß es ein Kampf um Prinzipien ist, der sich unter blutigen und verabscheuungswürdigen Vorkäufereinigungen von beiden Seiten entzündet.

Soll ihre Erneuerung vermieden werden, so gibt es ein unfehlbares Mittel dafür: die Erneuerung des Bürgerkrieges zu vermeiden. Was wir brauchen, das ist ein innerer Bajismus, der den Bürgerkrieg ebenso haßt und verabscheut wie den Völkerrauch und ihn ebenso bekämpft wie diesen. Merkwürdig, daß die Unabhängigen, die sich im Kriege uns gegenüber immer als die Besseren, die konsequenteren Friedensfreunde aufstellten, jede Spur von Friedensliebe vermissen lassen, wo es um den Kampf von deutschen Arbeitern gegen deutsche Arbeiter geht!

Es ist sehr viel dagegen zu sagen, wenn sie in der Weise weiter geht, wie sie es bisher getan hat. Solche fortgesetzte Schürung der Leidenschaften droht über kurz oder lang zu neuen traurigen Konsequenzen zu führen. Davor zu warnen ist unsere Pflicht. Wir können die Toten nicht wieder lebendig machen, aber wir sollen alles tun, um das Leben der Lebenden zu schonen. Man soll sich beizeiten im Lager der Unabhängigen die Frage vorlegen, ob man eines Tages mit reinem Gewissen das Leben, wenn der lange gehäufte Haß eines Tages neue Explosionen herbeiführt.

Wir Sozialdemokraten haben stets einen Unterschied zwischen Revolution und Bürgerkrieg gemacht und mit Rücksicht auf diesen Unterschied, die die Revolution im „Republikanismus“ auffaßt. Auch am 9. November haben wir zwar, wie immer, die revolutionäre Umwälzung, aber nicht den Bürgerkrieg gewollt. Wir haben ihn damals nicht nur nicht gewollt, sondern wir haben ihn verhindert. Es ist viel zu wenig bekannt, daß es der Macht der Sozialdemokratie zu danken ist, wenn der große Umsturz fast ohne Blutvergießen vonstatten ging, und daß es vor allem der „Blutbund“ Scheidemann war, der den Ausbruch eines ungeheuren Blutbades verhinderte und der gewaltlosen Umwälzung die Bahn freimachte.

Es heißt nicht auf die Revolution verzichten, wenn man auf den Bürgerkrieg verzichtet. Eine wirkliche Revolution wird schließlich so reif, daß sie sich auch ohne Blutvergießen durchsetzen kann. Das kann sie aber erst, wenn sie die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung für sich gewonnen hat, dann räumt sie spielend alle Hindernisse hinweg. Welche gewalttätigen Hindernisse hätte nun eine Revolution innerhalb der Demokratie zu überwinden, in der sowieso der ausgesprochene Mehrheitswille des Volkes gilt?

Wir haben keine Gewißheit dafür, daß sich das Volk nicht eines Tages für andere Methoden entscheidet als diejenigen, die wir für die richtigen halten, und seinen Augenblick zweifeln wir daran, daß es dann unsere Pflicht sein wird, uns — unter Aufrechterhaltung der eigenen Ueberzeugung — zu fügen. So lange das aber nicht der Fall ist, haben wir die Pflicht, Vorstöße gewalttätiger Wiedereinnahmen abzuwehren und vor sinnlosen Ausbrüchen der Leidenschaft zu warnen. Daß sich die Unabhängigen dieser Pflicht entziehen, so ihr in gewissenloser Weise gegenüber, ist eine schwere Schuld, für die sie sich vor der reifen, politisch geschulten Arbeiterklasse zu verantworten haben werden.

## Freigabe aller für Deutschland zurückgehaltenen Lebensmittel.

Amsterdam, 28. März. (Teleun.) Aus Paris wird gemeldet: Der hohe wirtschaftliche Rat in Paris beschloß, daß alle zurückgehaltenen Lebensmittel für Deutschland freigegeben werden sollen.

### Verklärung der englischen Kartoffellieferung.

Amsterdam, 28. März. Der Parlamentskorrespondent des „Daily Chronicle“ erzählt, daß das englische Lebensmittelministerium beschloß, außer den 100 000 Tonnen Kartoffeln, die bereits unterwegs sind, noch 200 000 Tonnen Kartoffeln nach Deutschland zu schicken. Die ausgelieferten deutschen Frachtboote werden zum Transport der Kartoffeln verwendet werden.

## Zeugenvernehmungen im Prozeß Villain.

Basel, 28. März. Wasas meldet aus Paris: Am Dienstag wurden im Villain-Prozeß weitere Zeugen verhört. Cochis, Deputy und Direktor der „Humanité“, teilte mit, der König von Italien habe letztes Jahr dem Führer der französischen Militärmission gegenüber das von Jaurès stammende Wort „L'armée nouvelle“ („Die neue Armee“) als ein Buch von hoher Bedeutung eines verständigen Patriotismus. Der ehemalige Ministerpräsident Ribot versichert seine Sympathie und Bewunderung für Jaurès, an dessen wahrer Vaterlandsliebe er nie gezweifelt habe. Jaurès sei für eine Annäherung an England gewesen und würde der Regierung für die Landesverteidigung große Dienste geleistet haben. Der Tod dieses Mannes sei ein Verlust nicht nur für seine Person, sondern

für das ganze Land gewesen. Auch Denis Cochin ist von der patriotischen Gesinnung des Ermordeten überzeugt und glaubt, daß Jaurès im gegenwärtigen Kriege dem Lande wertvolle Dienste hätte leisten können. Albert Thomas sagt aus, Jaurès hätte die Autonomie Elsas-Lothringens als provisorische Lösung vor der endgültigen Regelung bei Friedensschluß betrachtet. Er fügt hinzu, daß Jaurès die kriegsfeindlichen Arbeiter von der Notwendigkeit der Verteidigung überzeugt habe und daß die entschlossene Stimmung beim Kriegsausbruch sein Verdienst war. In den Kommissionen habe sich Jaurès in reger Weise für juristische Fragen interessiert und bemerkt, wir dürfen nie hinter Deutschland zurücktreten.

Die Zeugenargumente muten etwas merkwürdig an. Es scheint noch zur Debatte zu stehen, ob die Ermordung berechtigt gewesen ist oder nicht, wobei die patriotische Gesinnung Maßstab sein soll.

## Unterdrückung der bürgerlichen Presse in Budapest.

Wien, 28. März. (Meldung des Holländisch Neuwirtschaftsbüros.) Aus Budapest wird gemeldet: Die Sowjetregierung hat eine Unterdrückung der bürgerlichen Presse beschlossen. Das größte ungarische Staatsblatt „Pesti Hirlap“ hat zusammen mit anderen bürgerlichen Zeitungen sein Erscheinen einstellen müssen. Gleichzeitig teilt die Sowjetregierung mit, daß weitere Einstellungen bevorstehen. Der Chefredakteur des „Pesti Hirlap“ wurde seiner Stellung gewaltsam entzogen. Den Journalisten wird ihr Gehalt für drei Monate ausbezahlt. Angeblich sollen sie von der Sowjetregierung angeheilt werden. Die Unterdrückung wird mit dem Papiermangel begründet, der tatsächlich nicht besteht.

## Ideenkampf gegen den Bolschewismus in England.

Hong, 28. März. (Meldung des Holländisch Neuwirtschaftsbüros.) Aus London wird gemeldet: In einer Zusammenkunft des Vorkomitees der nationalen sozialistischen Partei mit den sozialistischen Parlamentsmitgliedern wurde beschlossen, ein Sonderprogramm vorzubereiten, wonach im ganzen Lande, besonders in den Industriezentren Propaganda gegen die Gefahren und falsche Auffassung des Bolschewismus gemacht werden soll. Der Plan sieht eine Reihe Versammlungen vor, in denen sozialistische Führer gegen den Bolschewismus Stellung nehmen.

## Deutschösterreichischer Eisenbahnerstreik beendet.

Wien, 28. März. (Eigenes Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute nachmittag haben Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden, die zu einem Ausgleich führten. Jeder Eisenbahner erhält durch fünf Monate eine Zulage von 100 Kronen monatlich für sich und 20 Kronen für jedes Familienmitglied; ferner wurden Zulagen wegen besserer Verpflegung mit Lebensmitteln und sonstigen Verbesserungen erreicht. Abends finden die Versammlungen auf den Bahnhöfen statt. Auf dem Franz-Josefs-Bahnhof (Wien nach Győr) sind die Abmachungen bereits angenommen; das dürfte, wie man annimmt, auch auf den anderen Bahnhöfen geschehen. Schwierig ist die Lage bei den Südbahnern, die allerdings die zurzeit wichtige Linie betreffen. Auf ihr werden die Lebensmittel aus Italien herangerollt, das freilich auch mit der Westbahn, aber umständlicher und zeitraubender, zu erreichen ist.

## Die Internationale Arbeitergesetzgebung. Der Entwurf fertiggestellt.

Amsterdam, 27. März. Einer Neutermeldung zufolge erklärte der englische Arbeiterführer Barnes, der Entwurf für die internationale Arbeitergesetzgebung sei so weit fertiggestellt, daß er nur noch vom Rat der Jeds gebilligt zu werden brauche.

ist wichtiger als alle Technik, die sich immer dem Gestaltungswillen der Menschen fügt. Es gibt ja heute noch keinen Architekten, wir alle sind nur Vorbereitende dessen, der einmal wieder den Namen Architekt verdienen wird, denn das heißt: Herr der Kunst, der aus Wästen Gärten bauen und Wunder in den Himmel türmen wird.

### Kinobilder in Hochformat.

Unsere seitherigen Kinoaufnahmen wurden ausschließlich im Querformat hergestellt bei einem Verhältnis der Breite zur Höhe von etwa 3:4. Bei diesem Format wüsten gewisse Aufnahmen (Vorträge, hohe Gebäude usw.) recht ungeschickt. Bei Kinobildern beispielsweise ist der Operator gezwungen, durch Aufwärtsdrehung des Apparates am dem Gebäude in die Höhe zu klettern, so daß niemals ein Gesamtbild gezeigt werden konnte.

Um diesen Uebelständen abzuhelfen, hat nun der Dipl.-Ing. Fritz Kaufmann eine Vorrichtung konstruiert, die das Wechseln der Normate während der Aufnahme und bei der Abgabe ohne Schwierigkeiten gestattet. Die Kamera wird bei der Aufnahme um 90 Grad gedreht, so daß nun die Bilder auf den Filmstreifen liegen flach stehen. Bei der Vorführung müssen sie wieder aufgerichtet werden, was durch ein Spiegelgelenk mit Wechselschaltung geschieht. Die Größe der Bilder bleibt dabei völlig gewahrt; der Kameravertikal soll nur 6 Proz. betragen.

Die einzige Schwierigkeit bereitet die Projektionsleinwand, die ja in den allermeisten Kinodauerformat hat, so daß die Hochformatbilder über den Rahmen hinausragen würden. Hier ist also ein Umbau notwendig, der bei sehr niedrigen Räumen nicht immer ausführbar sein dürfte. Trotz der Schwierigkeiten wird sich die neue Erfindung voraussichtlich durchsetzen.

### Der Kompromiß.

Nicht ohne einen Seitenblick auf die gegenwärtige politische Lage erzählt ein englisches Blatt folgende Geschichte vom „Kompromiß“:

„Rein, Herr!“ sagte ein alter Ritter zu seinem Vetter, „ich habe früher wohl geschworen, aber jetzt ist die Religion am Ende, ich's aufgegeben. Gestern abend sah ich in Peter Smiths Schulden ein ganz reinliches Briefchen, gerade meine Größe, und der Teufel sagte zu mir: Nimm sie, nimm sie, aber der Herr sagte: Nein, laß sie da, das ist Stehlen. Ich war sehr im Zweifel. Sogar hätte ich die Briefchen gern gehabt. Meine waren nämlich unten durch, und vorne guckten die Fäden aus. Und der Teufel sagte wieder: Nimm sie, aber der Herr sagte: Nein, das ist Stehlen. Aber es war eine Meiselein von zwei zu eins gegen den Herrn. Peter Smith ging gerade aus dem Laden, und die Gelegenheiten war günstig. Der Teufel sagte: Nimm sie schnell und verdeckt. Ich wußte, keiner hätte es gesehen. Aber, gesagnt sei der Herr, ich widerstand der Versuchung.“

## Emil Barths Revolution auf Kredit.

### Der geprellte Waffenlieferant.

In allen Tomaten hat Emil Barth sich als den Mann preisen lassen, der die Waffen zum 9. November beschafft hätte. Auf seine Freunde von der U. S. P. D. hat dieser Umstand solchen Eindruck gemacht, daß sie Barth für seine revolutionären Verdienste sofort zum Volkshelden erheben, obwohl der 9. November ohne Barths Parabelkumpistoln sicher genau so verlaufen wäre, wie er verlaufen ist.

Aber auch hiervon abgesehen, sind Barths Verdienste nicht so groß, wie sie gemacht werden. Seine Tätigkeit beschränkte sich darauf, das zur Verfügung gestellte Geld an andere Leute weiter zu geben, die dann erst selber unter schweren Risiken und Gefahren den Ankauf der Waffen besorgten. So hat ein Kaufmann B. in Berlin-Dahlem, ein Kriegsinvalide, vom September 1918 bis Ausbruch der Revolution für Emil Barth viele tausend Schusswaffen mit entsprechender Munition gekauft und an Barths Vertrauensmann Schw. weitergegeben, der sie verteilte. Für seine Anläufe bekam B. das Geld regelmäßig von Barth bis einige Tage vor Ausbruch der Revolution, wo die Zahlungen ausblieben. Da um jene Zeit B. jedoch große Mengen Waffen per Bahn erhielt, so nahm er sein eigenes Kapital zu Hilfe, um die Ware abnehmen zu können.

Inzwischen wurde die Situation immer gespannter, und da jeden Tag mit dem Ausbruch der Revolution zu rechnen war, gab B. die von seinem Geld gekauften Waffen auf Drängen von Emil Barth und dessen Vertrauensmann Schw. ohne Vergütung aus, nachdem Barth ihm ehrenwörtlich zugesagt hatte, daß B. alles ersetz erhalten würde. Ein Teil der Waffen konnte bei B. nicht mehr rechtzeitig abgeholt werden, diese wurden am 11. November von der Kommandantur Berlin beschlagnahmt.

Den zugesicherten Betrag hat Emil Barth nicht gezahlt, er ist vielmehr eine Restsumme von 24 750 M. schuldig geblieben. Der Wert der bei B. beschlagnahmten Waffen beträgt über 40 000 M. 11 000 M. hat B. dadurch verloren, daß er sie kurz vor dem 9. November als Anzahlungen für Waffenläufe gegeben hatte. Die Anzahlungen verfielen, weil Barth nach dem 9. November kein Geld mehr gab. B. hat infolgedessen nicht nur sein gesamtes eigenes Vermögen eingebüßt, er wird jetzt auch noch von den Lieferanten bedrängt, die ihn auf Vergütung der bestellten, aber nicht mehr abgenommenen Waffen verklagen. Solche Klagen schweben in Höhe von mehreren zehntausend Mark.

Alle Bemühungen des B., von Barth irgendeinen Ersatz dieses Schadens zu bekommen, sind bisher vergeblich gewesen. Vier Briefe, darunter drei Einschreibebriefe, hat Barth überhaupt nicht beantwortet. Er behauptete mündlich, er brauche den Rest nicht zu zahlen, da B. doch sicher an den Waffenlieferanten genug verdient hätte. B. hat aber nichts verdient, sondern nur Idealismus gehandelt. Für ein paar tausend Mark Gewinn hätte sicher auch dem Mensch sich der ungeheuren Gefahr ausgesetzt, die mit dem Waffenankauf während des Krieges verbunden war. Auf eine Frage des B., ob denn nicht die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, an deren Mitglieder doch die Waffen verteilt worden seien, für die Kosten aufkäme, hat Barth erklärt, daß die Partei gar nichts damit zu tun hätte. Er, Barth, hätte ganz auf eigene Faust gehandelt.

Es wäre interessant zu erfahren, ob dieses auch der Standpunkt der U. S. P. D. ist. Die Partei hat doch die Handlungsweise Barths durchaus gebilligt, von ihr profitiert und wegen Barths Waffenbeschaffung Anspruch auf den Ruhm erhoben, die Revolution gemacht zu haben. Der Mann, der wirklich unter schwerer Gefahr für Leib und Leben die Waffen besorgt hat, ist um sein ganzes Vermögen geprellt worden. Barth und die U. S. P. D. haben die Ehre für sich beschlagnahmt, die Gefahr und die materiellen Kosten haben sie großzügig dem B. überlassen. Diese „Revolution auf Kredit“ verrät eine sehr starke Anpassungsfähigkeit an russische Methoden.

Reichskonferenz der Eisenbahner. Auf den 3. und 4. April ist in das Gebäude der Frankfurter Eisenbahndirektion eine Reichskonferenz der Eisenbahner einberufen worden. Es soll verhandelt werden über Sozialisierung und Demokratisierung der Betriebe und der Verwaltung sowie über Räteystem und Gewerkschaften.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere sendet uns eine längere Zeitschrift, die er irrtümlich für eine preßgeschädigte Zeitschrift hält. Der Nationalverband behauptet darin, nicht regierungsfreundlich zu sein und mit seiner Frauengruppe 8000 Mitglieder zu besitzen.

„Du widerstandest der Versuchung, Herr?“ frante der Vetter.  
„Ja wohl, Herr.“ sagte der Ritter. „Ich tat es, Herr! Wissen Sie, ich machte einen kleinen Komptouh und — nahm ein Paar Goldschub ...“

### Notizen.

— Vorträge. Leipzig. Sternwarte: 1. April. 7 Uhr: „Sonne und Mond“ (Wahrscheinlichkeiten von Dr. Wachenfeld).  
— Ein Jugendkongress. Die neue deutsche Jugendgesellschaft „Ende!“ veranstaltete Freitag nachmittag im Blüthneraal eine Ausstellungsfeier für Schüler. Das Programm war ausschließlich Goethe gewidmet. „Goethe in Wort und Bild“ lautete es. Dr. Ludwig Wülfert trug den ersten Aufzug vom „Faust“ sowie einige Balladen vor, darunter: Robinsons Seesang, den Lotentanz und den Faubertelchanz. Er erfüllte seine Aufgabe in weiseharter Weise und fand tausendfachen Beifall. Frau Erna Dener sang einige Lieder in Schuberthscher Vertonung, die gleichfalls gut einfielen. Die Auswahl der Stücke hätte wohl dem jugendlichen Charakter der Zuhörer noch besser anangepaßt sein können. Aber im ganzen war der Erfolg sehr erfreulich; das junge Volk war wahrhaft begeistert und voll erfüllt von seinen Eindrücken.

Wünschen möchte man nur, daß dieser lobende Versuch fortgesetzt wird und daß derartige Veranstaltungen nicht allein für die „höheren“ Schichten, sondern auch für die Kinder des arbeitenden Volkes getroffen werden. Hier winkt eine ergebnisreiche Aufgabe, die man nicht hoch genug veranschlagen kann.

— Der Schlußstein in der Oper spielt der Straußwache einen Vollen um den anderen. Freitag mußte an Stelle der bereits einmal verbotenen „Arabes“ nochmals eine andere Oper angelehrt werden („Riguan“). Spätes es nicht zusammen, den es. Es sah für alle Fälle gleich im voraus mit angetanen.

— Heinrich Cunow, unser langjähriger Kollege im „Vorwärts“, zuletzt Redakteur der „Neuen Zeit“, ist zum außerordentlichen Professor der Ethnographie und Soziologie an der Berliner Universität ernannt worden. Genosse Cunow ist seit langem als hervorragender Forscher auf dem Gebiete der Ethnologie bekannt, er hat zwar nie eine Universität besucht, hat aber durch seine Schriften über die Verwandtschaftsorganisation der Australnegere, die lokale Verfassung des Indosinens und andere literarische und soziologische Schriften bewiesen, daß er zum Universitätslehrer taugt.

— Der Verein Berliner Künstler hat in seiner Jahreshauptversammlung die Neuwahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner vorgenommen. Der bisherige Vorsitzende, Prof. Schulte in Hofe, hatte gebeten, von seiner Wahl Abstand zu nehmen. Es wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden der Maler Prof. Max Schlichting, zum 2. der Bildhauer Prof. A. Lewin-Funder, zum 3. Schriftführer der Maler F. Müller-Künster, zum 4. der Maler Walter Dell.

## Neue Baukunst.

Eine Ausstellung unbekannter Architekten veranlaßt der Arbeitsrat für Kunst im Stadtbischen Kabinett von A. W. Reumann (Kurfürstendamm 202). Der Besuch ist unentgeltlich (täglich von 9-6 Uhr), und das Publikum hat nun Gelegenheit nachzuprüfen, was ihm von dieser Kunst sagt. Es wird sogar erlaubt, seine Ansicht auf einem Zettel den Veranstaltern mitzuteilen. Walter Gropius hat der Ausstellung schöne Worte gewidmet, die hier weiter wirken mögen:

Was ist Baukunst? Doch der kristallene Ausdruck der besten Gedanken der Menschen. Ihre Anbahnung, ihre Menschlichkeit, ihres Glaubens, ihrer Religion! Das war sie einmal! Aber wer von den Lebenden unserer wunderflüchtigen Zeit begreift noch ihr allumfassendes, beständiges Wesen? Da gehen wir durch unsere Straßen und Städte und heulen nicht vor Scham über solche Wästen der Häßlichkeit! Seien wir uns nur klar: diese grauen, hohlen, geistlosen Attrappen, in denen wir leben und arbeiten, werden vor der Radwelt beschämendes Zeugnis für den geistigen Stillstand unserer Geschlechter ablegen, das die große einzige Kunst vermag: Bauen. Bauen wird uns nur nicht ein, in unserer europaischen Anmaßung, die armseligen Bauten unseres Zeitalters könnten das tröstliche Gesamtbild verändern. Unser aller Werk ist nur Splitter, Scherbe, die Jwed und Rodurft schafft. Hilfen nicht Sehnsucht nach einer von Grund aus neu erbauten Welt der Schönheit, nach Wiedergeburt jener Goethezeit, die sich zur Wunderzeit der gotischen Kathedrale aufschwang. Wir erleben sie nicht mehr. Aber es gibt einen Trost für uns: die Idee, der Aufbau einer glühenden, lühnen, weitvoraussehenden Baueide, die eine glücklichere Zeit, die kommen muß, erfüllen soll. Künstler, Mägen wir endlich die Baueide um, die unsere verbildete Schulweisheit zwischen den „Künsten“ errichtete, um alle wieder Bauende zu werden! Wollen, erdenken, erschaffen wir gemeinsam den neuen Baugedanken, Maler und Bildhauer, durchdringt also die Schranken zur Architektur und werdet Mitbauende. Ringende um das letzte Ziel der Kunst: die schöpferische Konzeption der Zukunftskathedrale, die wieder alles in einer Gestalt sein wird, Architektur und Plastik und Malerei.

Über Ideen streben, sobald sie Kompromisse werden. Darum laßt Wasser scheiden zwischen Traum und Wirklichkeit, zwischen Sternenschein und Alltagsarbeit. Architekten, Bildhauer, Maler, wir alle müssen zum Handwerk zurück! Denn es gibt keine „Kunst von Beruf“. Künstler sind Handwerker im Ursinn des Wortes, und nur in festesten, gnadenreichen Bindungen, die jenseits ihres eigenen Willens stehen, kann unwiderruflich Kunst aus dem Werk ihrer Hände erwachsen. Maler und Bildhauer, werdet auch ihr wieder Handwerker, zerlegt die Rahmen der Salonkunst um eure Bilder, geht in die Bauten, fegnet sie mit Farbenmischen, mischt die Gedanken in die nackten Wände und — baut in der Phantastie, unbekümmert um jegliche Schwierigkeiten, Gnade der Phantastie



staus veranlagte mühten Sie sich schon mitbringen. Am besten ist, Sie kommen nur im Arbeitsanfang. Der Arbeitssuchende verzichtete. Seine erste Absicht, bei annehmbaren Bedingungen in Arbeit zu treten, ergibt sich daraus, daß er den reichlich anderthalbfünftigen Markts von Ringbahnhof Weihensee bis Falkenberg nicht geschaut hat. Er fragt aber, wie er bei den ihm gemachten An- erbietungen eine Familie ernähren soll. Sie passen, sagt er, schlecht in der in allen Strögen angeschlagenen Wohnung: Arbeitstote, geht auf Land!

### Gegen die Wohnungsnot in Groß-Berlin

hat in den letzten Monaten der Groß-Berliner Wohnungs- nachfrage einigermassen abgenommen. Ueber die bisher geleisteten und die noch geplanten Arbeiten sowie über die dabei zu bewältigenden Schwierigkeiten äußerte sich Vorstand Bauer in einer Besprechung mit Vertreter der Parteien. Es sind über 3000 Wohnungen hergestellt worden, und über 3000 andere sind in Arbeit. Die Er- richtung neuer Dauerbauten könnte sich dem Herbst den Wohn- ungsnot beeinflussen, und wird überdies durch den Mangel an Kohle und somit an Baustoffen gehemmt. Daher ist zur Abwehr der schon für den Aprilbeginn erwarteten Wohnungs- notlage dieser Familien zunächst auf stärkere Ausnutzung von vor- handener Gebäude durch wohnungsmäßige Errichtung von Dachge- schossen und von Läden und Werkstätten sowie auf Behelfsbauten und Baracken zurückgegriffen worden. Selbst diese unzulänglichen Maßnahmen werden an Kosten erheblich mehr als die vom Wohn- ungsüberband hierfür ursprünglich vorgesehenen 12 Millionen Mark erfordern. Der Verband fürchtet, daß infolge der steigenden Nach- frage nach Wohnungen und besonders nach Kleinwohnungen noch manche Familie schon zum April wohnungslos werden wird. Er sieht zurzeit keinen anderen Ausweg als den, auf Herabgabe undenkbarer Kasernen zu dringen. Im übrigen warnt er vor weiterem Zugang nach Berlin und Bar- erten. Für die Zukunft sollen Mittel möglichst nicht mehr für Hochbauten, sondern fast nur noch für Hochbauten unter Ver- wendung des Einfamilienhauses hergegeben werden. In Berlin allerdings würde die Subventionierung von Hochbauten nicht zu umgehen sein. Auch die Lohnfrage macht dem Wohnungs- verband Sorgen. Vorstand Bauer meint, daß bei Bewilligung der von den Bauarbeitern angeforderten Herabsetzung der Löhne der Verband eingeknickt würde und die Zahl der herzurichtenden Woh- nungen verringert werden müßte, da die hierfür bereitgestellten Mittel kaum weiter genügt werden könnten. Schon jetzt stelle sich bei Bau einer Kleinwohnung auf 30 000 M., während der dem Betrag 6-7000 M. dazu ausreichen.

### Erklärung.

In der Nr. 159 des „Vorwärts“ vom 27. März (Abendblatt) wird unter der Überschrift „Im Notwehr gegen den Terror“ be- richtet, daß Reichswehrminister bei der technischen Abteilung der Garde- Kavallerie-Schützen-Division sich melden sollen, um bei Ausbruch „generalschlichter nicht genehmigter Streiks“ Verwendung zu finden. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission legt Wert auf die Feststellung, daß in dieser Angelegenheit mit ihm nicht verhandelt worden ist und daß er diesen Forderungen ablehnend gegen- übersteht. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung. Ritter.

### Arbeiterräte Groß-Berlin der S. P. D.

Dienstag nachmittags 4 Uhr im ehemaligen Herrenhaus, Pienar- kungsgasse, Fraktionsitzung:  
1. Vortrag über Arbeitsgemeinschaften.  
2. Bericht aus der Kommissionsprüfung am Sonntag.  
3. Bericht von der Konferenz der Rüstungs-Arbeiterräte in Erfurt.  
4. Wahlen.  
5. Verschiedenes.

### Der Hebräerlust

Kadet morgen Sonntag, vormittags 9 Uhr, im Jugend- heim, Lindenstr. 3, Hof 3 Treppen. statt.

### Justizbeamte.

Dienstag, abends 6 1/2 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße, Versammlung sämtlicher Justizbeamten Groß- Berlins, die auf dem Boden der S. P. D. stehen.

Zu dem Raubmord in der Bülowstraße. Bei dem Wirt des Hauses Bülowstraße 33, in dem Pauline Weiss wohnte, ereignete sich am 1. März vor der Einbrechung des Raubmordes in den Abendstunden, etwa gegen 9 1/2 Uhr, ein Raub und hat den Wirt, daß er ihm die Haustür anschlöss. Er gab an, daß er bei Pauline Weiss gewesen sei, diese aber ausgegangen, den Haustürschlüssel mitgenommen und bisher noch nicht zurückgelassen sei. Der Wirt schloß sich auch keinerlei Verdacht und ließ den Fremden auf die Straße hinaus. Die Kriminalpolizei, der er nun nach Einbrechung des Raubmordes davon Mitteilung gemacht hat, sucht diesen unbekannten Mann. Unter den bisher aus den Aufzeichnungen der Fern- rufen ermittelten Heuten, mit denen sie in Geschäftsverbindung gestanden hat, befindet er sich nicht. Der Hauswirt, der den Fremden nur in der Dunkelheit gesehen hat, beschreibt ihn als einen etwa 30 bis 35 Jahre alten und 1,75 Meter großen, kräftigen Menschen, der mit einer Kappe und einer Sportmütze bekleidet war. Angaben zur Ermittlung werden erbeten an Zimmer 33-34 des Polizeipräsidiums.

Eine lebensfähige Falschmünzergilde wurde bald nach ihrer Ueberführung von hier nach Hannover dort festgenommen. Die ganze Gesellschaft betrieb getverds- und planmäßig die Ver- arbeitung nachgemachter Fünfzigmarkstücke. Nach ihrem Gefährdung hat sie diese Fälschungen in München, Leipzig, Berlin, Bonn, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Köln a. Rh., Gießen, Hamburg, Bremer, Guxhagen und sogar auf Helgoland umgelegt, bis sie jetzt in Han- nover bei der Herausgabe ertrinkt und hinter Schloß und Riegel gebracht wurde.

Drei Handies, darunter ein Soldat, beandten am Freitag- nachmittag das Ehepaar Totenkopf, Kochmeister Str. 1, nach einem wohnbereiten Plan, wobei ein Rogmalangebot mißglückte. Sie arbeiteten mit Dolch und Revolver. Der eine konnte auf der Ver- folgung festgenommen werden, der Soldat entkam und der Dritte gelang mit dem Revolver eines Chauffeurs, im dahingehenden. Man müßte ein Signal verabreden, durch des Chauffeurs Schuß- leute zur Festnahme verdächtiger Insassen veranlassen könnten.

Vorträge für Gewerkschaften. Erste Sonnabend, 6 Uhr, Telegraphen- bureau, Köpenicker Str. 30, Dr. Lechner; Chemie und Metallurgie, Eden, Seiden-Quadrat, Nollendorf (6 Uhr), Dr. Köhler und Dr. Speckmann; Köpenicker Parkstr. — Anstalt für Kinderkassen (6 Uhr), Dr. Sch- neider; Deutschlands Künstlerische Zukunft.

Hilfsdienst, Friedensbewegung und zukünftige Kirche lautet das Thema einer morgen Sonntag 11 Uhr im Rathaus Charlottenburg stattfindenden Versammlung.

Die Kriegsverweigerer (Verweigerer) beim Magistrat Berlin, insbesondere die älteren Damen, werden gebeten, sich Sonntag, vormittags 10 Uhr, im Geschäftshaus des Kaiser-Schwimmclubs, Turmstr. 67, beizugehen. Besprechung eingehend.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 10 Uhr, Festsaal des Berliner- Stadthauses (Eingang Klosterstraße) Jugendkirche. Redner: Herr von Stern 2 u. E. 1111. — Einladungen werden nicht mehr ausgegeben.

Im Saal für Kulturpolitik findet Dienstag, 7 1/2 Uhr, im Aufhänger-Kollegium, Köpenicker Str. 13, Oberlehrer Herr von Wintermann über: „Die Erziehung der Jugend zum politischen Denken“. Karten je 30 Pf. Abendkasse und Bodeckel bei Herrn, Potsdamer Platz.

Die Jugendkassen Groß-Berlin veranstalten am Sonntag, den 6. April, nachmittags 3 Uhr und abends 7 1/2 Uhr, Vorstellungen von Ludwig Lullig, „König von Bernheim“ in den Central-Theater-Schälen.

Die Schöffe, 30/32. Einrichtungsarbeiten in der Geschäftsstelle Neue Straße 1 und bei der Behörde.

Die Salkeneröffnung auf der Kadrenbahn Treptow erfolgt morgen Sonntag. Für die Dauerrennen bestehen verschiedene neue Bestimmungen. Die Regeln der Schilmschläger sind nach einem neuen Muster angefertigt und werden vor jedem Rennen an die Beteiligten ausgeteilt. Auch die Bestimmungen für Schrittmachermaschinen sind wesentlich ver- ändert. Es ist der Diktation gelungen, für das Treptowrennen ein diesbezügliches Programm zusammenzusetzen.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Kornworts. Weizenmehl 250 Gr. (106), Hafermehl 100 Gr. (111), Hülsenfrüchte 250 Gr. (37), Bohnenmehl 100 Gr. (38). Das Dörrenmehl ist von vorzüglicher Beschaffenheit. Vor dem Kochen muß es längere Zeit wässern. Feine Leberwurst, 1 Dose (39). Rastee-Ordnung, 200 Gr. (40). Roggenmehl (29). Montag und Dienstag 108, 111, 28, 29, 30, 40 und 50 bei dem Kleinhändler abzugeben. Abkühlung 60 der Zuckerliste ist Dienstag oder Mittwoch bei dem Kleinhändler abzugeben. Als Ersatz für Getreidemehl, Kräfte gegen Vorliegend des weichen Ausweises bei der Lebens- mittelherstellung.

Meinickendorf. Am Montag auf D. Rindfleisch Abkühlung XII D je 1/2, Hund Speck resp. 1/2, Hund Wurst resp. 1 Döfle Dessertbrot oder 2 Eier aus beschlagnahmten Beständen. — Abgabe von Kleidung. Am Sonntag von 9-1 Uhr noch einmal Verkauf von Unterwäschen, Kinder- strümpfen (für 2-3jährige Kinder), Nähmaschinen (12-15 M.) sowie einigen Restbeständen an Koffern, Mänteln usw. in der ersten Gemeinde- schule.

Reulhän-Brig. Die Mieterversammlung am 26. März forderte, daß Reulhän und Veit unverzüglich zu Notstandsbezirken erklärt werden, ferner die Verlegung von Seiten als Verhandlungs- leiter beim Mietbeiratsamt, Öffentlichkeit der Verhandlungen beim Mietbeiratsamt.

### Neue Vorwärts-Expeditionen.

Steatly. Vom 1. April an befindet sich die Ausgabe des „Vor- wärts“ Schilhornstr. 11, Laden. Bis zu diesem Tage werden Bestellungen nur angenommen bei Hans Regel, Postfach 11, Straße 7. Wir bitten alle unsere Abonnenten, auch diejenigen, die bis- her per Post bestellten, ihre Adressen dort abzugeben.

Preibemas. Vom 1. April an befindet sich die Ausgabe des „Vor- wärts“ h. Priedelstr. 1, Laden. Bis zu diesem Tage werden Bestellungen nur angenommen bei Hans Regel, Postfach 11, Straße 7. Wir bitten alle unsere Abonnenten, auch diejenigen, die bis- her per Post bestellten, ihre Adressen dort abzugeben.

Grünwald. Vom 1. April an wird der „Vorwärts“ durch Boten ausgetragen. Wir bitten daher unsere dortigen Abonnenten, den „Vorwärts“ nicht mehr bei der Post zu bestellen, sondern bei Herrn Wilhelm Scheugel, Königsallee 54.

Potsdam. Mit dem 1. April soll in Potsdam, Waisenstr. 24, Ecke Charlottenstraße, eine Vorwärts-Expedition und Buchhandlung errichtet werden. Wir ersuchen daher unsere Potsdamer Abonnenten, den „Vorwärts“ nicht mehr bei der Post zu bestellen, sondern bei H. Kötzig, Grandenburger Str. 38 III oder im Re- staurant Becker, Lindenstraße 20. Die Zustellung erfolgt vom 1. April an durch Boten, und zwar zweimal täglich, so daß nicht wie bisher die Abendausgabe erst am andern Tage in die Hände des Abonnenten gelangt.

Reinickendorf. Die Gemeindevertretung wählte zu Ge- meindeausschuss unsere Genossen Schauberg und Zeising und die Unabhängigen Dehne, Dehnt und Reuboff. Die Schul- inspektion, das Auditorium der höheren Schulen, der Fortbildungs- schulvorstand und der Vorstand der Sparkasse wurden der Fraktions- stärke entsprechend bezeugt. Die Kanalisationgebühren wurde auf 6 Proz. und das Wassergeld von 15 auf 20 Pf. pro Kubikmeter erhöht. Ein Antrag auf hauptamtliche Besetzung der Stelle des Leiters der Fortbildungsschule wurde in Rücksicht auf die schwebenden Eingemeindungsverhandlungen abge- lehnt. Annahme fanden die Anträge auf Aufhebung der unteren Vor- schullassen der höheren Lehranstalten und Selbständigmachung der Pflanzschule. Von der Einstellung eines neuen Gemeindevorstehers soll auch in Rücksicht auf die Eingemeindungsverhandlungen abgesehen werden. Da auch einer der bisherigen beabsichtigten Kandidaten kein Amt niedergelegt hat, sollen zwei, und zwar je ein juristisch und ein nationalökonomisch vor- gebildeter Oberbeamter ausbittungsweise beschäftigt werden. Der Antrag fand gegen die Stimmen der Unabhängigen Annahme. Ebenfalls Zustimmung fand die Vorlage auf Schaffung einer Straßendampferverbindung nach Reinital durch einen mit dieser Gemeinde abzuschließenden Vertrag. Abgelehnt wurde ein Angebot auf Verkauf eines Grundstücks in der Posthän- derstraße. In der Eingemeindungsverhandlung stimmte die Ge- meindevertretung einer von der Gemeinde Preitmes angebotenen, an die preussische Landesversammlung zu richtenden Petition zu. Einkommige Annahme fand der Antrag der Beamten auf Aufhebung der Reibungsfrist.

Bismarck. Die Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch begann mit einer Aussprache über Notstandsarbeiten. Es waren bereits im Dezember generell drei Millionen Mark dafür bewilligt. Bayer (Soz.) verlangte, daß in der Vereinfachung von Arbeiten ein schnellerer Tempo eingeschlagen und daß vor allem endlich einmal mit dem Bau des Kranenbaues, der Solldabab- anhalt und einigere Bedürfnisanstalten usw. begonnen werde. Warum noch der schreienden Wohnungsnot noch nicht an den Klein- wohnungsbaue herangegangen worden sei, sei unverständlich. Bürgermeister Peters teilte mit, daß inzwischen endlich die Staatsguthaus für die größeren Arbeiten, Kranenbau, Bade- anstalt usw. bewilligt worden seien und daß jetzt die großen Pro- jekte in Angriff genommen werden könnten. Daß das Klein- wohnungsprojekt noch nicht weiter gediehen sei, liege am Do- mänenministerium, der sich bezüglich der Herabgabe von billigerem Land noch nicht entschieden habe. Infolge der Verweigerung des Deutschnationalen Vorschlag, daß wir jetzt keine Notstandsarbeiten brauchen, wenn die Sozialdemokratie den Siegtreiben nach Linden- dorf nicht systematisch verhindert hätte, belam die zweifelhafte Notstandsdebatte zeitweise eine große Schärfe.

Sehr interessante Enthüllungen aus dem städtischen Lebens- mittelamt machte Dr. Holz (Soz.). Er führte durch schriftliche Beweise den Nachweis über Schwandungen im städtischen Lebens- mittelamt, über geistliche Cultivierungen, gefälschte Lebensmittel- schein usw. Neben Hilfskräften sind ein Beamter (Vermessungs- inspektor Schumann) und Stadtrat Benzel kompromittiert. Während Stadtrat Benzel die Verfehlungen als relativ unbedeutlich darzustel- len versuchte, beschränkte sich Holz auf die Erklärung, der Kennerungs- präzident, der die Schwandungen hat nachprüfen lassen, habe ihn er- mächtigt zu sagen, daß sein Anhalt zu organisatorischen Veränderungen im Lebensmittelamt bestehe und daß kein Anhalt gegen die beschul- digten Beamten auf dem Disziplinarwege vorzugehen. (Aufeif und auf der Tribüne: Inerhört!) Allerdings ist ein schwerer be- schuldigter Unterbeamter entlassen worden und der Magistrat gab dem Schwand ein plägendes Zeugnis mit, das u. a. den allerdings zutreffenden Satz enthält, daß er „mit bemerkenswerter Ge- schicklichkeit“ gearbeitet habe.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien fanden nicht den Mut, die nicht wegzulassenden Rückstellungen und Schwandungen rückhollos zu denunzieren, um so deutlich zu sagen, daß Dr. Preitmes (H. Soz.) und Dr. Holz (Soz.) im Schlichtwort. Die Reformvorträge der Sozialdemokraten wurden der Kommissionsberatung überwiesen. — Der neue Tarifvertrag für städtische Arbeiter wurde behaltelos an- genommen.

Bismarck. Sonntag, abends 7 Uhr, in der Aula am Sec- parz: Pankasch, Robert Dicht- und Konstant. Eintrittskarten mit Programm zu 50 Pf. im Vorverkauf im Vorverkaufsbureau, Hild- straße 28/29, und bei Weisenberger, Potsdamer, Westfälische Str. 28.

Erst. Gemeindevertretung. Die am Dienstag vorge- nommene Schöffenwahl ergab nach einem Abstimmungsbeide sozial- demokratischer Fraktionen folgendes Resultat: Gutschmidt und Gehre von der S. P. D., Körner und Vogt von der U. S. P. D. Bei der Verapung von Gemeindefeld sollen vor- zugsweise die Kolonistenvereine berücksichtigt werden. Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde beschlossen, der Baugenossenschaft „Hödel“ für ihre neuen Projekte die zweite Hypothek zu bewilligen, für die Sicherung wiederholt die gleiche Bewilligung von einer Prüfung des Unternehmens durch den Finanzamt abhängig gemacht. Am Schluß gab's eine umfangreiche Debatte über eine von den Unabhängigen eingeschlagene Entschlieung, welche sich mit Vorparagen in der Generalversammlung beschließen. Die Entschlieung wurde von den Antragstellern bis zur nächsten Sitzung zurück- gezogen, um der Mehrheitsfraktion Gelegenheit zu geben, vorher zu beratigen Fragen Stellung zu nehmen.

Die Arbeiterräte mitglieder gemacht werden. Dieser bestand der Arbeiterrat aus je 5 Vertretern der U. S. P. D. und S. P. D., die in einer öffentlichen Volksversammlung gewählt worden waren. Vor kurzer Zeit stellten die Kommunisten den Antrag, sie mit gleichen Rechten hinzuzuziehen. Ueber diesen Antrag wurde nun nicht abgestimmt, vielmehr erklärte der Vorsitzende der U. S. P. D. nach einer längeren Debatte: „Von nun an werden die Kommunisten in gleicher Anzahl und mit gleichen Rechten dem Arbeiterrat an- gehören.“ Einige Zeit darauf wurde infolge in Vertretung an- wesenden Mitglieder ein Schreiben an den Vollzugrat vorgelegt, in welchem diesem gemeldet wird, der Arbeiterrat von Veit steht sich nunmehr aus 5 Vertretern der U. S. P. D., 5 Vertreter der S. P. D. und 5 Vertretern der Kommunisten zusammen. Trotzdem unter Vertreter die Unterschrift verweigerte, hat der Vollzugrat den Kommunisten Reklamationskarten aufgestellt. Kommentar überflüssig.

Marienthor-Schende. Die Gemeindevertretung beginnt ihre Sitzungen fortan um 6 Uhr. Infolge unseres Antrages auf Abban der Vorstände wurde eine Kommission zur Einführung der Ein- wohnerkarte gebildet. Einem Bericht Ritters (U. S. P.) betr. Ein- wohnerkarte ist zu entnehmen, daß die Garde-Kavallerie- Schützen-Division kein Recht hat, die Gründung der Einwohner- wachen in Vororten vorzunehmen. Für die Ordnung in den Vor- orten soll die Kommandantur, ihr unterstellt die Garde- train-Abt., welche über den Sicherheitsdienst verfügt hat. Es wird beschlossen, diesen Punkt bis zur weiteren Klärung zurück- stellen. Gerhard als Führer der Einwohnerwache und Ritter sollen für die nötige Aufführung Sorge tragen. — Der Restkraftwagen- G. m. & H. wird mit 2000 M. Anteil beigesteuert. — Da der Haushaltplan noch nicht fertiggestellt ist, wird der Gemeindevor- stand ermächtigt, die laufenden Ausgaben für das erste Quartal zu leisten. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, über Ver- forderung von Beamten und lebenslängliche Anstellung eines Postinspektors öffentlich zu verhandeln. Gerhard führte aus, es könne den einzelnen Beamten nicht zum Schaden werden, wenn die breite Öffentlichkeit erfährt, was in unserer Gemeinde vorgeht. Wenn eventuell Grundstücksbesitzer das Grundstück ver- kaufen werden müß, dann sind auch wir für eine geheime Sitzung zu haben. Im allgemeinen aber sind wir für breite Öffentlichkeit. Es wird demgemäß beschlossen. Die lebenslängliche Anstellung der Beamten, welche dagesehen war, wird gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt.

Treptow-Baumhäuserweg. Die Gemeindevertretung ermäch- tigte den Gemeindevorstand zur Leistung der erforderlichen Aus- gaben bis zur Fertigstellung des Voranschlags für 1919/20. Sie stimmt grundsätzlich dem Tarifvertrage mit den Ge- meindearbeitern zu. Die damit verbundene Steigerung der Löhne bringt eine jährliche Mehrbelastung von etwa 300 000 M. mit- sich. Gemeindevorstand und Gehaltskommission sind mit der prak- tischen Durchführung des Vertrages beauftragt und ermächtigt, auch die Verhältnisse der Bureaukratie analog dem Vor- gehen in Berlin aufzubessern. Nach längerer Aussprache wurden zwei Dringlichkeitsanträge der Reichssozialisten einstimmig an- genommen. Der erste verlangt den Abban der Volksschulen dadurch, daß die Unterlassen eingehen. Der zweite Antrag wendet sich gegen den Mißstand, daß für den Nachweis von Woh- nungen in der Weste keine Wohnurkunden ausgefertigt werden, was den Wohnungsbauern und -käufern Rechnung ist und Wider- demitteln die Erlangung einer geeigneten Wohnung fast un- möglich macht. Es soll die Ermächtigung zum Verbot solcher An- nahmen auf Grund der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel von 23. 9. 1918 nachgeholt werden. Die Wahlen zu den drei Schulinspektionen sollen in der nächsten Sitzung stattfinden, damit ihre Zusammenkunft der Stimmung der Bevölkerung entspricht. Die Schöffen erklären auf eine An- frage ihre Bereitwilligkeit, ihre Ämter zur Wahl zu stellen.

Opent. Sonntag von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends finden die Wahlen zum kommunalen Arbeiterrat statt. Wahlberechtigt ist jeder Arbeiter, dessen Arbeitsverhältnis unter 10 000 M. beträgt. Selbständige Gewerbetreibende können nicht wählen. Als Wahlbestätigung gilt ein im Rahmenseiner 34 oder beim Genossen Wähler beginn, den Funktionäre der Partei erforderliches Formular, das mit Namen auszufüllen und die Ver- zeichnung der Firma (Firmenstempel) trägt. Beschäftigt Euch redig- tory die Wahllokale. Regle Beteiligung ist Selbstbestätigungspflicht. Die Kandidatenliste der S. P. D. beginnt mit Franz Klau, Schloffer, Grünauer Str. 32. Parteigenossen, die Wohl- thilfe leisten wollen, wollen sich um 9 1/2 Uhr in den Wahllokalen einfinden. Stimmzettel werden vor den Wahllokalen verteilt. 7 Wahlbezirke, jede Vorwahl hat 3 und die Hauptwahl 1 Wahlbezirk. Es kommt auf jede Stimme an!

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin. 28. Abteilung. Morgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr, außerordentliche Parteivollversammlung. Wahl der Delegierten zum Bezirkstag. Wahl eines Abteilungsleiters und Schrift- führers.

Reulhän. Die Zentrale für Einigkeit der sozialdemokratischen Parteien hält Sonntag, vormittags 10 Uhr bei Lindenstr. Reulhän, Bergstraße 14, ihre erste Versammlung ab. Genossen und Freunde dieser Sache sind dazu eingeladen.

Prenzlauer. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, Aula, Marktstraße 11, Nummern 1 u. 2. Mitgliederversammlung. Fortsetzung der Verantwor- tung vom 19. Wahl der Delegierten zum Bezirkstag. Die Funktionäre werden dringend ersucht, die Einladung der Parteimitglieder zu ver- anlassen.

### Aus aller Welt.

Revolution im Kino. Während einer Kinder vorstellung im Kino am Alten Steinweg in Altona wurde der Vorführung- apparat beschädigt, so daß die Vorführung unterbrochen werden mußte. Die Herstellungskosten dauerten den Kindern zu lange. Sie begannen zu murren und verlangten ihr Geld zurück. Da die Vorstellung fast zu Ende geführt war, vertrießte der Direktor die kleinen Gäste, indem mitgeteilt wurde, daß der Schaden in einiger Zeit behoben sei und die Vorführung dann ihren Fortgang nehme. Nun begannen die Kinder zu rebellieren. Sie zerstückelten Spiegel und Stühle, so daß dem Geschäftsführer nichts übrig blieb, als nach dem Stadthaus zu schicken und die Sicherheitswache zu benachrichtigen. Als diese erliefen und mit den kleinen Revolatio- nären verhandelte, wurde die Ruhe wieder hergestellt, nachdem er- klärt worden war, daß die gelösten Eintrittskarten für nächsten Sonntag Gültigkeit behielten.

Berliner Fluggesung abgeführt. Freitag mittig fuhrte in Warne- münde ein aus Berlin kommendes Flugzeug aus 100 Meter Höhe in die Olfsee. Die drei Insassen, Leutnant Degener, Reimes und Gegenfeld ertranken.









**Uhren, Gold- u. Silber-  
.: waren, Brillanten.:**

Reichhaltiges Lager in allen Preislagen bei  
**Max Busse**

Berlin N 54, Brunnenstr. 175-177  
an der Invalidenstrasse.

: Größtes und fachmännisch geleitetes Spezialgeschäft. :

Neu eingetroffen:

**Wanduhren, Standuhren, Wecker.**

# Homburger

ELISABETH-BRUNNEN

Chronische Katarhe des Rachens, Nagens und Darms,  
Gebärmutter- und Frauenleiden, Gallensteine, Sichts,  
Zuckerkrankheit, Verstopfung, Bladdarm-Entzündungen  
und wie die schrecklichen Namen alle lauten  
— — — ein Trostort für Leidende heißt:  
„Homburger Elisabeth-Brünnen“. Er ist in  
allen Apotheken und Mineralwasser-Hand-  
lungen erhältlich, und zwar in Original-  
Brünnen-Abfüllung.

## Offiziere! Aerzte! Deutsche Soldaten! ♦ ♦ Freiwillige! ♦ ♦

die Ihr gewiß mit Stolz den Kampf  
der braven Ostafrikaner verfolgt habt,

**Hört den Ruf des Vaterlandes und der Pflicht**  
Schart Euch zusammen, um die Ordnung auf-  
recht zu erhalten und die Grenzen zu schützen.

**Tretet ein bei der Freiwilligen-Division**

# Lettow

u. der ihr unterstellten Schutztruppen-Brigade  
Annahme zu den bekannten Bedingungen.

Werbesentrale: Charlottenburg, Am Knie, Hotel Bismarck.  
Werbebüreau: Berlin, Nürnberger Str. 70/71 und Jägerstr. 1.

**von Lettow-Vorbeck**  
Generalmajor.

## Aufruf! Freiwillige vor!

Polnische Horden trachten danach, altes deutsches Kultur-  
land dem Reiche zu entreißen. Die Bolschewisten wollen  
in Deutschland eindringen, um unser geliebtes Vaterland  
dem sicheren Ruin entgegenzuführen.

**Schützt unsere Grenzen im Osten.  
Wir brauchen Soldaten.**

Vor allem Infanteristen, auch Handwerker jeder Art gesucht.

**Jeder, der sein Vaterland liebt, melde  
sich bei den Werbestellen des Gardekorps:**

- Werbestelle A. Kaserne 3. Garde-Rgt. z. F., Wrangelstr. 97/99, Stube 47
- B. Freiwilligenmeldestelle Potsdam in Eiche (Kaserne  
des Lehr-Inf.-Rgt.)
- C. Charlottenburg, Schloßstraße, Gemeindegemeinschaft IV.

Bedingungen wie bekannt. 188/11\*  
Militärpapiere unbedingt erforderlich.

Kindern und Enkeln  
zur Erinnerung

## Die National- versammlung



340 Bilder und Porträts.

Durch alle Buchhandlungen und  
Zeitungsverkaufsstellen zu beziehen  
Verlag Ullstein & Co. Berlin  
SW 68

Besonders vorteilhaftes

# Möbel-Angebot!

Speisezimmer	Herrenzimmer
bestehend aus:	bestehend aus:
1 Büfettische	1 Bibliothek Eiche
1 Kredenz	1 Schreibtisch
1 Anzehtisch	1 runder Tisch
6 Stühlen	1 Schreibstisch
	2 Stühlen
<b>zusammen M. 2250</b>	<b>zusammen M. 2450</b>

## Schlafzimmer

bestehend aus:
1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtische mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränken mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 Stelligen Auflegemattens mit Korkkissen
2 Stühlen
1 Handtuchhalter
<b>zusammen M. 1875</b>

## Ständig große Ausstellung

300  
Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer,  
Wohnsalon, Wohnzimmer, Küchen, Dielen etc.  
Leder-Möbel - Gobelin-Sofas und Sessel.  
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen  
= einfacher, mittlerer und eleganter Art =  
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

Lombard-Bankgeschäft und Lagerspeicher  
**M. Schlewinsky & Co.**  
Berlin C, Dircksenstr. 31  
am Bahnhof Alexanderpl. Ecke Königsgraben.

**Flechten, Wunden,** offene Füsse, Krampfadern  
heilt sogar in ver-  
weilten Fällen mit gut  
überwachendem Erfolg die  
häufigste schmerz-  
und juckreizbringende  
„Vater-Philipp-Salbe“.  
Preis 1.50 u. 3.50 M., erhältlich in der Elfasso- u. Kronen-  
Apothek und in der Minerva-Apothek, Charlottenburg. Man  
hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich  
direkt, Tietgen-Laboratorium, Sankt-Katharinen-Rominten 5.

**Prozesse,** Rat, Beistand, mäßige Preise, Teil-  
zahlung, Ehe, Alimonen, Straf-  
sachen, Eingaben, Gendarmen-  
Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach Gesellschaft m. b. H.,  
Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber  
Tietgen) (4-7) Oflitz, Erfolge! Beobacht. Sonntag 16-12

# Freiwillige!

Der Worte sind genug gewechselt,  
Nun laßt uns endlich Taten sehen!

Werde dich freiwillig, wer es mit  
dem Heimatsschutz erst meint, in  
**Bildschön b. Culmssee Westpr.**  
I. Bataillon Infanterie-Regiment 141.  
Bedingungen u. Versorgungsansprüche  
wie bei allen übrigen Freiwilligen-  
formationen. — Reisekosten werden  
erstattet. Bisoffi, Hauptmann.  
1902\*

## Schutz für die Lebensmitteleinfuhr

Unterseebootsleute! Torpedobootsleute! Geschütz-  
führer! Matrosen-Artilleristen! Feld- und Sub-  
artilleristen! Torpedo- und Artillerie-Mechaniker!  
Flieger der Armee und Marine! Signal- und Tele-  
graphisten-Personal! Junker und Blinter! Offiziers-  
und Unteroffiziers-Kandidaten der Armee u. Marine!  
Zimmerleute, Schuster u. Schneider! M.G.-Schützen  
und Kraftwagenfahrer!

**Treudeutsche Männer!**  
Die Regierung braucht Euch!

Zum Schutz der zu erwartenden Lebensmitteleinfuhr  
und Verteilung  
**zu Wasser und zu Lande!**  
In den Häfen und im Reich!

Jeder bringe seine Freunde mit und helfe sich als geschlossene  
Formation zur Verfügung.

Stammesbildung zur Ausbildung für alle bisher Angehörten!  
Regierungsbedingungen wie für alle Freikorps.

Meldet Euch bei der Marine-Brigade Coeventus  
des Marine-Freikorps General v. Lettow-Vorbeck.

Reisekosten werden bei Einstellung vergütet! Militärpapiere oder  
Gefüßungsbüchlein mitbringen!

Hiel-Wit, Dedoff's' erichte, Werbebüreau geöffn. 9-12 vorm.  
v. Arnould de la Periere. Kolbe. v. Mellenthin.  
Steinbauer. Hartwig. v. Fischel. v. Georg.  
Mewis. Brunswig. Witte. Altvater.

Mit Genehmigung des Reichswehrministers.

3., 4., 5. April	Ziehung	10. April
<b>Genesungshelm-Lotterie</b> Genehmigt für Preußen Hauptgewinn		<b>Säuglingsheim-Lotterie</b> Genehmigt für Berlin u. Prov. Brandenburg Gesamtwert der Gewinne
<b>100 000</b> Mark		<b>50 000</b> Mark
<b>50 000</b> Mark		<b>30 000</b> Mark
<b>20 000</b> Mark		<b>20 000</b> Mark
<b>10 000</b> Mark		<b>10 000</b> Mark
Lose zu Mk. 3,30		Lose zu Mk. 2,-
Postgebühr und Liste 35 Pf., Nachnahme 25 Pf. mehr. — Lose überall erhältlich. Verband Preuß. Lotterie-Einnahmer, Berlin C. 2, Burgstr. 27		

## Möbel-Transporte

von und nach Berlin. 50 km per Woche, sorgfältige Be-  
denkung. Billige Preise. 8872

**Fuhrhalterei „Zentrum“**  
August Marks, Berlin, Wrangelstr. 24,  
am Vierdenkmal. Telefon: Köpenick 2075.

## Bezugsquellen-Verzeichnis

Frachtein 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

<b>Bar-Anstalten</b> Central-Bad Diana-Bad Passage-Bad	<b>Werkstätten</b> Werkstätten Kuppenstr. 35 skulpturelle Bäder Kottbus Damm 73	<b>Butter- u. Eier-Mas</b> Wilhelm Göbel 25 eigene Pflanzl.	<b>Pichelbräu</b> Recht 1815/16 S. an den 13. u. 12
<b>Bandag., Gummiw.</b> R. Bunde, Hirsauer Str. 44 A. H. Lange, Brunnenstr. 169	<b>Gebrüder Manns</b> 48 eigene Metallgeschäfte	<b>Weissbier C. Breithaupt</b> Fallastr. 27 Tel. 694, 2881, 3043	<b>Herren- u. Knabenmod.</b> J. Baer Kaiser 24, Ecke Prinzen-Allee
<b>Ein- u. Mehrfach- Timmer-Essig</b> Ebenfalls erhältlich! Herbräuerei, Herbrandlg.	<b>Schröter, R.</b> 40 Verkaufsstellen	<b>Herren- u. Knabenmod.</b> Vester, E. Kottbusser Damm 13/14	<b>Photogr. Apparate</b> M. Albrecht 80, Kottbusser Str. 1, auch Telegraphenstr.
<b>Bräuerei Bälzow</b> ausführend Qualitätsbiere ersten Ranges.	<b>August Holtz</b> 18 Detail- Geschäfte	<b>Photogr. Apparate</b> Hugo Böling 40 Filialen in all. Städten	<b>Welle, Libere, Fruchtsäfte</b> Herm. Meyer & Co., Akt- Ges. ca. 550 Verkaufsstellen, Gr.-Berl.
	<b>Pfeilsch- u. Wurfw.</b> Otto Kougel, Alte Jakobstr. 24		
	<b>Handhandlungen</b> Bethke, Georg, Haskalla, Unter 21, Kaiser-Friedr.- Str. 64, Wassert. 121, Friedrichstr. 11, Tropfen, 624-Str. 64		



# Eine vorläufige Reichsmarine.

## Nationalversammlung zu Weimar

21. Sitzung, Freitag, den 28. März 1919, nachmittags 8 Uhr.

Am Ministerische: Scheidemann, Kosse, Gothein, Dr. Preuß.

Nach Erledigung einer Anfrage des Abg. Reil (Soz.) wegen der Sommerzeit folgt die erste Lesung des Gesetzes auf

### Schaffung einer vorläufigen Reichsmarine.

Reichswehrminister Kosse

bringt die Vorlage ein. Der Entwurf lehnt sich eng an das Gesetz über die vorläufige Reichswehr. Die Arbeiten für die Schaffung einer Reichswehr sind übrigens weit vorgeschritten, so daß die unerfreulichen Begleiterscheinungen der Werbung dann aufhören werden. Ganz werden wir aber auf die Werbung der Freiwilligen nicht verzichten können. Aber daß die Verbände einander regelrecht konkurrenz machen, wird aufhören. Mit der Aufstellung einer neuen Marine ist der Anfang bereits gemacht. Wir brauchen Schiffe zur Sicherung der Lebensmittellieferung, zur Räumung des Meeres von Minen und zum Schutze der Fischerei.

Abg. Oberstern (Dschak.):

Wir begrüßen die Vorlage, legen aber Wert auf möglichst scharfe Betonung ihres vorläufigen Charakters. Der heutige Zustand ist unhaltbar. Haben wir doch zu sehen müssen, wie eine Schaar von Freibeutern die Insel Wangeroog ausplünderte, ohne daß die Marine es hindern konnte. (Hört, hört!) Die Demotivation in der Marine ist geradezu furchtbar.

Abg. Graf zu Dohna (Dsp.):

Auch wir werden für das Gesetz stimmen. Aber wir tun es ohne Begeisterung, vielmehr mit dem Gefühl tiefer Beschämung, die angesichts einer solchen Flottenvorlage jeden beschleichen muß, der noch ein Gefühl hat für vaterländischen Stolz und nationale Würde. (Beifall rechts.) Unter den beschriebenen Aufgaben, die unserer künftigen Marine obliegen, steht in erster Linie die Ausübung der Seepolizei. Solange die Sparsamkeit den Schatzplan ihrer Tätigkeit nicht auf das Wasser verlegen wird, sie ja wohl auch dieser Aufgabe gewachsen sein. Hoffen wir, daß die von Trost angeordnete

### Mobilisierung der russischen Torpedobootflotte

— eine Maßnahme, die wohl der Ausdruck der friedlichen Gesinnung der russischen Regierung sein soll — (Weiterleft) Sie nicht vor schwere Aufgaben stellt. (Beifall rechts.)

Abg. Brühl (U. Soz.):

Nach § 2 soll die durch dies Gesetz zu schaffende Marine u. a. durch sonstige Unterstützung der Handelschiffahrt den sicheren Seeverkehr ermöglichen. Was soll das heißen? Denkt man dabei etwa wieder an die gepanzerte Haut? Weiter soll die Marine im Verein mit der Reichswehr den Anordnungen der Reichsregierung Gehorsam verschaffen und Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten. Soll das die Ruhe und Ordnung sein, die der Herr Reichswehrminister in Halle, in Berlin und in anderen Orten geschaffen hat, und plant man etwa, die Reichsmarine zu Vorposten gegen die Bureaus der unabhängigen Sozialdemokratie in den Hafenstädten zu benutzen? Nebenher schließt mit der Erklärung, daß seine Fraktion die Vorlage ablehne, schon deshalb, weil die Reichsmarine dem Reichswehrminister unterstellt werden solle. (Beifall l. u. d. U. Soz.)

Abg. Giebel (Soz.):

Eine gut organisierte Reichsmarine ist notwendig, um dem deutschen Seehandel wieder eine Weidungsmöglichkeit zu geben. Die Aufhebung oder erhebliche Einschränkung der großen Reichsflotten würde eine schwere wirtschaftliche Schädigung der Arbeiter und Angestellten, ja der ganzen Bevölkerung der Hafenstädte bedeuten. Zu der Reichswehrminister nicht gewillt, diese Weert zu Produktionsstätten für den Friedensbedarf umzuwandeln? Eine solche Zulage würde wesentliche Beruhigung schaffen. (Beifall l. u. d. Soz.)

Reichswehrminister Kosse:

Unter „sonstige Unterstützung der Handelschiffahrt“ verstehen wir Seevermessung, Seefahrtensicherung, Herstellung von Seebuchführern usw. Die in Dienst gestellten Schiffe sollen und können nicht lediglich und gegen irgendwas als eine Erziehung wirken. Auf allen Meeren werden jetzt lediglich England und Amerika

die „gepanzerte Haut“

zeigen können. Es ist selbstverständlich, daß ein gewisser Abbau der Seereisdienste eintreten muß, aber wir wollen betonen, daß die Arbeiter über Kopf entlassen werden und daß Kiel, Wilhelmshaven und Danzig schweren wirtschaftlichen Schaden erleiden. So-

weit Arbeitsgelegenheit herangezogen werden kann, werden wir damit auch die reichsdeutschen Betriebe versehen.

Damit schließt die Besprechung.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung im wesentlichen unverändert gegen die Stimmen der U. Soz. angenommen.

Abg. Schmidt (Dem.):

erstattet hierauf den mündlichen Bericht des Reichshauswirtschaftsausschusses über die Verordnung über die

### Sicherung der Acker- und Gartenbestellung

vom 4. Februar 1919: Die Verordnung räumt dem Reich ein Aufsichtrecht darüber ein, ob die vorhandenen Acker auch zur landwirtschaftlichen Bestellung ausgenutzt werden. Der Aufsicht hat das Ausschichtrecht auch darauf erstreckt, mit welchen Früchten der Acker bestellt wird. Wenn die Bestellung nicht ordnungsmäßig erfolgt, ist nach der Verordnung die Gemeindebehörde befugt, nach Anhörung des Bauern- und Landarbeiterrats dem Besitzer die Kulturberechtigung zu entziehen und selbst zu übernehmen. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Ostmark beantragt der Ausschuss, der Verordnung folgende Bestimmung zuzufügen: „Sind landwirtschaftliche Betriebe infolge aufrührerischer oder feindlicher Handlungen verwaist, so hat die untere Verwaltungsbehörde für die Bewirtschaftung der Betriebe im Interesse der abwesenden und verhinderten Nutzungsberechtigten Sorge zu tragen.“

Abg. Helmmann (Soz.):

Die Verordnung ist notwendig, denn jetzt muß jedes Fleckchen Erde der Ackerbauwirtschaft zugeführt werden. Es darf nicht länger geduldet werden, daß der Acker zum Vieh

### 3000 Morgen Ackerboden ungebaut

bleibt. (Hört, hört! links.) Ackerboden darf jetzt nicht zur Aufzucht benutzt werden. (Sehr richtig!) Durch die Verordnung muß erreicht werden, daß die Großgrundbesitzer wieder mehr Kartoffeln anbauen. Wir werden die Vorlage in der Kommissionssitzung annehmen.

Ein Antrag Arnstadt und Genossen (Dnalk.) verlangt im § 2 die Streichung der Bestimmung, daß dem Landwirt das Nutzungrecht auch dann entzogen werden soll, wenn er im letzten Wirtschaftsjahre die Bestellung so mangelhaft ausgeführt hat, daß das Grundstück einen unvorteilhaften geringen Ertrag gebracht hat und zu erwarten ist, daß die neue Bestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird.

Abg. Reil (Dnalk.):

Unser Antrag ist gestellt im Interesse der kleinen Landwirte. (Widerspruch und Juchz bei den Soz.: So sieht ihr aus!) Die Großgrundbesitzer und Agrarier oder wie die Schlagworte sonst lauten, waren während des Krieges entweder selbst zu Hause oder hatten einen Verwalter, der ihr Gut sachgemäß verwaltete, aber gerade der kleine Landwirt war oft nicht in der Lage, seinen Besitz sachgemäß zu bewirtschaften. Deshalb würde diese Verordnung, wenn sie ohne unseren Antrag Gesetz werden würde, in erster Linie den kleinen Landwirt treffen.

Abg. Duschke (D. Sp.):

Ich glaube, die Verordnung wird im großen Ganzen auf dem Papier stehen bleiben, und wenn sie wirklich mal praktisch angewendet wird, so wird ihre Durchführung so viel Mühe und vor allen Dingen so viel Zeitverlust verursachen, daß der beachtliche Zweck vielfach nicht erreicht werden wird. Trotzdem sind wir im großen und ganzen mit der Verordnung einverstanden, weil wir eben nicht wollen, daß auch nur ein kleines Fleckchen Erde unbestellt bleibt. Wir wünschen aber nach verschiedenen Richtungen hin eine Abschwächung der Vorlage, insbesondere die Befreiung von Unklarheiten und Bestimmungen, die unserer Auffassung noch zu weit gehen; deshalb werden wir vor allen Dingen dem Antrag Arnstadt zustimmen.

Abg. Wurm (U. Soz.):

Wir lehnen den Antrag Arnstadt ab, weil er die neue Verordnung, die zum Wohl der Gesamtheit erlassen ist, abschwächt. Die frühere Verordnung hat eben nicht genügt. Wegen die Anordnung der unteren Verwaltungsbehörden kann Einspruch bei den oberen Behörden eingeleitet werden. Seit wann haben denn die Landwirte so wenig Vertrauen zu den oberen Behörden? Wegen den Antrag Arnstadt ist zu bedenken, daß die Allgemeinheit auch kontrollieren können, in welcher Weise das Land bestellt wird.

Nachdem der Antrag Arnstadt angenommen worden ist, wird der Ausschuh Antrag mit dieser Änderung mit 161 gegen 115 Stimmen angenommen.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Sonnabend, 10 Uhr. Interpellation der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei gegen die Abregulierung von Beamten, für eine Neuverteilung der Beamtenbesoldung und für Erfüllung gewisser Forderungen. Notiz, Nachrichten und Anwesenheitsverordnung. Schluß 6 1/2 Uhr.

führung mit der Sozialisierungsfrage. Es wurde einstimmig ein Kompromißantrag Simon-Schlittenbauer angenommen, der lautet:

1. Es wird ein Zentralwirtschaftsamt für die Durchführung der Sozialisierung beim Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie sofort geschaffen;

2. die Organisation dieses Amtes wird vom zuständigen Ministerium sofort durchgeführt;

3. das Amt hat sofort diejenigen Betriebe zu geminnbringender Arbeit zu vereinigen, die der Erzeugung von Wohnung und Kleidung dienen und die Erzeugung der Ernährung planmäßig zu gestalten;

4. sofortige Anregungen an die Reichsregierung zu geben, daß die Erzeugung in den notwendigen Lebensbedarfsmitteln so erhöht wird, daß ein gewisses Minimum der Lebenshaltung sichergestellt wird.

Auf die Aufforderung des Münchener Zentralrats an die sächsische Regierung bezüglich einer Besprechung zwischen Bayern und Sachsen über die Sozialisierung, ist nun vom sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer eine Antwort eingegangen. Bei der Bedeutung der Sozialisierungsfrage will die sächsische Regierung keine beachtenswerte Gelegenheit zur Aussprache und zur Förderung der Angelegenheit auslassen. Als maßgebend und verbindlich können aber nur Verhandlungen zwischen den Regierungen erachtet werden.

## Verfassungsausschuss in Weimar.

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung nahm am Freitag Artikel 20 in folgender Fassung an: Wegen die dem Reichstag beschlossenen Gesetze steht dem Reichsrat der Einspruch zu. Zum Einspruch gegen ein verfassungsänderndes Gesetz genügt es, wenn mehr als ein Drittel der im Reichsrat abgegebenen Stimmen sich dafür ausspricht. Der Einspruch muß innerhalb zweier Wochen vom Tage der Schlussabstimmung im Reichsrat abgerechnet bei der Reichsregierung eingebracht und spätestens binnen zweier weiterer Wochen mit Gründen versehen werden. Im Fall des Einspruchs wird das Gesetz dem Reichstag zur nochmaligen Beschlussfassung vorgelegt. Kommt hierbei keine Übereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat zustande, so kann der Reichspräsident binnen drei Monaten über den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit eine Volksabstimmung anordnen. Hat der Reichstag mit Zweidrittel-Mehrheit entgegen dem Einspruch des Reichsrates beschlossen, so kann der Reichspräsident binnen drei Monaten das Gesetz in der dem Reichstag beschlossenen Fassung veröffentlichen. Nach dem Reichspräsidenten von diesem Rechte keinen Gebrauch, so gilt das Gesetz als nicht zustande gekommen. Auf Verlangen des Reichsrates hat der Reichspräsident eine Volksabstimmung anzuordnen, falls eine Übereinstimmung zwischen Reichstag und Reichsrat nicht zustande gekommen ist und es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt.

In der Debatte hatte Geheimrat Sämisch vom Finanzministerium bemerkt, die Regierung könne von dem Grundsatze nicht abgehen, daß der Reichstag keine Befugnis zur Erhöhung oder Neueinstellung von Staatspositionen habe. Darüber, ob man dem Reichsrat die in Artikel 89 vorgesehene Befugnis zur Abänderung von Staatsbeschlüssen des Reichstages geben wolle, müsse noch näher besprochen werden.

Minister Dr. Preuß wandte sich dagegen, daß ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums das Recht des Reichsrates beanträge, gewisse Staatsbeschlüsse des Reichstages abzuändern. Im Namen aller hier vertretenen Regierungen der Einzelstaaten habe er zu erklären, daß diese gegen das Verbot des Vertreters des Finanzministeriums Verwahrung einlegten und behauerten, daß dadurch das Verhältnis der Reichsregierung zu den Regierungen der Einzelstaaten getrübt werde.

## Das Gehalt des Reichspräsidenten.

Weimar, 28. März. Der Haushaltsausschuss der Nationalversammlung nahm heute den vierten Nachtrag zum Reichshaushaltsplan in Beratung. Mit Zugunahme auf die Anforderungen für den Reichspräsidenten bemerkte Ministerpräsident Scheidemann, die angelegte Summe von 100 000 M. sei mäßig gewählt, da die Auffassung eines zutreffenden Etats im Hinblick auf die Neuheit der Materie unmöglich sei. Es sollten Erfahrungen gesammelt und nachweise über Bedarf an Ausgaben gegeben werden. Für die Direktoren und Beamten werde ein Betrag von 200 000 M. nötig sein. Nach längerer Aussprache einigte sich auf Vorschlag des Abg. v. Bayer der Ausschuss dahin, für den Reichspräsidenten ein Jahresgehalt von 100 000 M. einzusetzen, ein Betrag, wie ihn bisher der Reichskanzler bezog. Die sonstigen Ausgaben wurden vorläufig mit 500 000 M. in Ansatz gebracht.

Zur Unterhaltung des Reichsflottenamtes sind 50 000 M. eingesetzt. Von einem Regierungsvorsteher wird dessen Zweck dargelegt. Die Wünsche, daß die im Krieg ausgeübten Flieger weiterbeschäftigt werden, seien schon aus Mangel an Betriebsstoffen nicht möglich. Auch eine Verstaatlichung der Luftschiffahrt sei nicht möglich, da die technische Entwicklung des Luftfahrzeuges noch nicht so weit sei, daß es als regelmäßiges Verkehrsmittel in Frage kommen könnte.

Abg. Dr. Braun-Franke (Soz.): Das zukunftsreiche Flugwesen solle in staatliche Hände genommen und dürfe nicht der Privatindustrie überlassen werden.

Unterstaatssekretär Güter vom Reichswirtschaftsamt vertrat unter Angabe von Listen und Daten die Auffassung, daß das Reich durch die Sozialisierung des Luftschiffwesens ein gutes Geschäft nicht machen werde. Die Flugplätze dagegen sollen in staatliche Hand bleiben, damit das Reich jederzeit regeln und gegebenenfalls im Sinne des Verrechners eingreifen werde.

Reichswehrminister Kosse äußerte sich über die Verwendung der Flieger und der noch in den Kasernen befindlichen Soldaten. Auch in anderen Staatsbetrieben würden wegen Arbeitsmangel Leute mit unnützen Dingen beschäftigt. Allmählich müßte hier eine Änderung eintreten und ein verständiger Ausgleich geschaffen werden. Auf die Dauer könne der bisherige Zustand die Ausgabe von Millionen für unproduktive Zwecke vor der Allgemeinheit nicht verantwortet werden.

Von verschiedenen Rednern wurde dargelegt, daß es mit der bisherigen Wirtschaft und der Verwendung von Reichsmitteln nicht weiter gehen könne. Wenn allein bei den Flugzeugen 50 000 M. und Abfertigung 50 Millionen Mark an Eöhnen bezahlt werden müssen, ohne daß hierfür etwas für unsere Wirtschaft Brauchbares erzeugt werde, so sei das außerordentlich bedenklich und führe zum völligen Ruin. Dem sei mit Nachdruck entgegenzutreten.

Die angeforderte Summe für das Reichsflottenamt wurde genehmigt.

Traub, der Unschuldige. Herr Traub hat in der Nationalversammlung seine Teilnahme an dem wütenden Schimpfplugsblatt gegen die sozialdemokratischen Wähler, aus dem wir in Nr. 154 einige Proben haben, bestritten. Demgegenüber stellen wir ausdrücklich auf Grund eines in unseren Händen befindlichen Exemplars fest, daß in genanteter Vorrede am Kopf des Flugblattes die Herren Dr. Traub und Dr. Schiele als Herausgeber bezeichnet werden. Es ist doch nicht anzunehmen, daß Herr Traub Dinge herausgibt, die er nicht gelesen und gebilligt hat.

## Der Abgang des Kronprinzen.

### Eine Erklärung Schröckers.

Berlin, 28. März. General Schröcker teilt mit: Die gestrigen Abendblätter bringen eine angeblich von mir veranlaßte amtliche Erklärung zu dem Telegrammwechsel zwischen dem Kronprinzen und dem damaligen Reichskanzler Ebert. Die Form dieser Erklärung ist geeignet, neue Mißverständnisse hervorzuheben. Ich glaube mich in meiner, dem Vertreter der „Vossischen Zeitung“ gegebenen und am 26. März abends veröffentlichten Auskunft hinreichend ausgedrückt zu haben. Auch ich muß es aber als gesucht bezeichnen, wenn die „Tägliche Rundschau“ in ihrer Ausgabe vom 27. März morgens mein in dieser Angelegenheit mit Herrn Ebert stattgehabtes Gespräch als ein rein privates hinstellt. In meiner oben angeführten Antwort heißt es: „Dem Reichskanzler Ebert teilte ich meine Auffassung und Absicht mit, nicht etwa als Antwort auf eine Anfrage der Regierung, sondern als eine auch politisch wichtige Angelegenheit, die ihm nicht vorzuziehen werden dürfte.“ Dies trägt wahrhaftig nicht den Charakter des Privaten. Wenn ich mich mit dem Reichskanzler über militärisch oder politisch wichtige Dinge unterhalte, so habe dies selbstverständlich den Wert amtlichen Meinungsaustausches oder amtlicher Mitteilungen. Schlichtig dieser Feststellung hat hier die Regierungspressefakel gegenüber den Auslassungen der „Täglichen Rundschau“ mit meiner Zustimmung Ausdruck geben wollen. Die Folgerungen, die die Veröffentlichung davon fügte, gehen über das hinaus, was meinerseits gesagt wurde.

Noch eine muß ich aber hervorheben: Die „Tägliche Rundschau“ gibt meine Antwort an die „Vossische Zeitung“ wieder, den Schluß läßt sie fort, er lautet: „Ich habe den Abschied des Kaisers nach Holland als ein schweres Unglück für Monarchie, Meer und damit auch für das Vaterland angesehen und dies auch immer wieder unabweisend zum Ausdruck gebracht; um so weniger hätte ich mich zu einem gleichen Schritt des Thronfolgers zustimmend äußern können.“

Zeitungsstreik in Magdeburg. Die Hilfsarbeiter der Magdeburger Zeitungsdruckereien sind am Donnerstag infolge Lohnforderung in den Streik getreten. Heute schloß sich ihrem Vorgehen auch das übrige technische Personal an und legte ebenfalls die Arbeit nieder. Infolgedessen können sämtliche Magdeburger Zeitungen nicht erscheinen.

## Gegen die passive Resistenz der Reaktion.

### Durchführung der Gemeindevahlen in Pommern.

Eine halbamtliche Bekanntmachung sagt: Zeitungsnachrichten zufolge hat die Durchführung der Gemeindevahlen in einzelnen Kreisen Pommerns unerwünschte Verzögerungen erlitten. Die örtlichen Stellen waren, wie sich herausgestellt hat, mehrfach über die Auslegung wesentlicher Bestimmungen der neuen Wahlordnung im Zweifel. Es ist jedoch bereits vor einiger Zeit von maßgebender Stelle Vorfrage getroffen worden, daß die Wahlen in Pommern, insbesondere im Regierungsbezirk Stettin, nunmehr in aller nächster Zeit restlos durchgeführt werden, wie auch sämtliche anderen Regierungspräsidenten kurz vor Ablauf der Wahlfrist nochmals ausdrücklich angewiesen worden sind, für schleunigste Nachholung der etwa noch in der einen oder anderen Gemeinde anstehenden Wahlen zu sorgen.

Soweit wir unterrichtet sind, waren die „unheimlichen Verzögerungen“ nicht auf solchen Zweifel örtlicher Behörden zurückzuführen, sondern sie stellen ein wohl vorbereitetes Manöver der Reaktion dar. Die Amtsenthebung des Oberpräsidenten Dr. Wichowskis scheint viel zur Verleitung der „Zweifel“ beigetragen zu haben.

## Sozialisierungsprogramm in Bayern.

Wir entnehmen der „Frank. Tagespost“ folgendes: Die bayerische Regierung hat kraft der ihr vom Volksvertretergesetz die Vollsozialisierung Bayerns nach den Grundsätzen des Entwurfs Kronath-Schumann in Angriff genommen. Sie hat, nachdem der Sozialisierungsausschuss des Landtags auf Grund der Vorlegungen von Dr. Otto Neuwirth einstimmig die Pläne nach längerer Aussprache gebilligt hat, im Einklang mit den einstimmig geäußerten Wünschen des Zentralrats, die sofortige Aufstellung eines Zentralwirtschaftsamtes verfügt und für die Leitung dieses Amtes Dr. Otto Neuwirth in Aussicht genommen, der zur Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialisierungs-, Kommunitäts- und Solidaritäts- mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet wird.

Im Landtag beschäftigte sich der Ausschuss in seiner Dienstag-

